

Meldung

www.klimaseite.info, 20.08.2022

Wie lange reicht unser Treibhausgas-Budget?

Viele Menschen verschließen die Augen, dass der Welt allgemein und unserem Land speziell zum Erreichen des bereits 2015 von der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossenen Ziels, die Erderwärmung auf max. 2 Grad Celsius, besser auf jedoch auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, nur ein bestimmtes CO₂-Budget zur Verfügung steht, da jede Tonne -und jeder Deutsche verursacht etwa 11 Tonnen jährlich die Erderwärmung weiter vorantreibt. Dieses Budget ist eine ganz entscheidende Kennzahl, über die bezeichnenderweise kaum gesprochen wird. Nach Aussage des Weltklimarats, also einer Stelle mit höchster Autorität, können ab Anfang 2020 noch rund 500 Mrd. Tonnen CO₂ emittiert werden, damit die Erderwärmung mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % die 1,5 Grad Celsius plus nicht überschreitet.

Seit Beginn der Industrialisierung bis 2020 hat die Menschheit schon 2.400 Mrd. Tonnen und damit 1,2 Grad Celsius Erderwärmung im Jahresmittel verursacht. Diese Altlast haben wir in den Jahrhunderten der Verbrennung fossiler Energieträger bereits angesammelt. Uns bleibt, global gesehen, also nur noch ein Fünftel der Treibhausgase, die schon in der Erdatmosphäre herumschwirren. Kohle, Erdöl, Erdgas wurden und werden aus dem Boden geholt, zu einem geringen Teil als Rohstoff genutzt, vorwiegend jedoch zur Energieerzeugung verbrannt. Mit dieser Ausbeutung und Verbrennung verwüsten wir unseren Planeten und berauben unsere Kinder der Zukunft. Die sich häufenden Waldbrände von Kalifornien über Brandenburg bis Sibirien, sind das flammende Fanal für diesem gedankenlosen Gebrauch fossiler Energieträger, die im Boden bleiben müssen, damit uns die Erde eine lebenswerte Zukunft bieten kann.

500 Mrd. Tonnen? Klingt viel, oder? Weil seither schon wieder zwei Jahre vergangen, in denen jeweils 42,2 Mrd. Tonnen - das ist momentan der Jahres-Durchschnitt - ausgestoßen wurden, weist Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) allerdings warnend darauf hin, dass die Menschheit bei dieser Geschwindigkeit das CO₂-Budget in etwa 10 Jahren aufgebraucht hätte. Wenn wir allerdings auf der sicheren Seite bleiben wollen und eine höhere Wahrscheinlichkeit anstreben, die 1,5 Grad nicht zu überschreiten, hätten wir ein geringeres Budget und nur noch knapp sieben Jahre Zeit. Das führt uns zum Beispiel die „CO₂-Uhr“ auf der Website des Mercator Instituts (MCC) in Berlin vor Augen. Wer länger als zehn Sekunden darauf schaut, wird unweigerlich nervös. Die Uhr tickt und die Zeit zu entschlossenem Handeln läuft unerbittlich ab.

Was heißt das für Deutschland? Stefan Rahmstorf verweist dazu auf den Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), demzufolge Deutschland ab 2022 nur noch ein CO₂-Budget von 500 Mrd. Tonnen (bzw. 500 Gigatonnen) und ein CO₂-Ausstoß von 3,1 Mrd. Tonnen pro Jahr zusteht, damit die Erderwärmung mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit 1,5 Grad Celsius nicht übersteigt. „Beim aktuellen Emissionsniveau würde dieses Budget nur noch vier Jahre reichen, bei linearer Minderung bis 2031. Dazu müssten die Emissionen aber doppelt so schnell sinken, wie bislang im deutschen Klimaschutzgesetz (KSG) vorgesehen“. Will man die höhere Wahrscheinlichkeit von 67 %, hätte Deutschland bloß noch 400 Gigatonnen (Gt) auf dem CO₂-Konto, womit sogar eine Absenkung um 2,0 Gt jährlich notwendig würde.

Das KSG entspricht nach der Berechnung des Sachverständigenrats nicht dem 1,5 Grad-Ziel von Paris, sondern kann als deutschen Beitrag nur die Begrenzung der Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius leisten. Es dürfte (je nach Rechnung) auf einen maximalen, jährlichen CO₂-Ausstoß zwischen 6,4 und 7,4 Gt und auf eine Erderwärmung von etwa 1,8 Grad Celsius hinauslaufen. Wenn die im KSG festgesetzten maximalen Emissionsmengen in den einzelnen Sektoren überhaupt erreicht werden, was derzeit im Gebäudebereich ebenso wenig gelingt, wie bei Mobilität und Verkehr! Die Bundesregierung und die deutsche Klimapolitik sind also nicht auf dem Zielpfad zu den 1,5 Grad!

Das SRU benennt in seiner (gegenüber 2020) aktualisierten Stellungnahme zum CO₂-Budget auch drei Kernprobleme der deutschen Klimapolitik: eine Ambitionsücke, eine Umsetzungslücke und eine Transparenzlücke. Diese Defizite treten beim Thema CO₂-Budget ebenfalls zutage. So hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Aufsehen erregenden Urteil vom März 2021 zum Klimaschutzgesetz (das in der Folge nachgebessert wurde) die Bedeutung des CO₂-Budgets bestätigt: Minderungsziele, wie die Klimaneutralität 2045, sollten darauf basieren und gleichzeitig an einem Temperaturziel ausgerichtet sein. Entsprechend empfiehlt der SRU der Bundesregierung erneut, ein nationales CO₂-Budget berechnen zu lassen und normativ festzulegen, da die Angaben und Zahlen im KSG unzureichend („Transparenzlücke“) seien. Wenn die 1,5 Grad der Maßstab sind, könnte man aber auch von einer Ambitionsücke sprechen. Ob außerdem eine Umsetzungslücke vorliegt, wird sich noch zeigen.

(rk)

Quellen:

www.mcc-berlin.net

„Ebbe auf dem CO₂-Konto“, Stefan Rahmstorf, Der Spiegel online, 05.07.2022

„Wie viel CO₂ darf Deutschland maximal noch ausstoßen?“, SRU-Stellungnahme, www.umweltrat.de, 15.06.2022